

REPORT

Nr. 116, Juli 2026

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

EUROPÄISCHER TARIFBERICHT DES WSI - 2025/2026

Iran-Krieg bringt Aufholbewegung der Tariflöhne zum Erliegen

Thilo Janssen, Malte Lübker

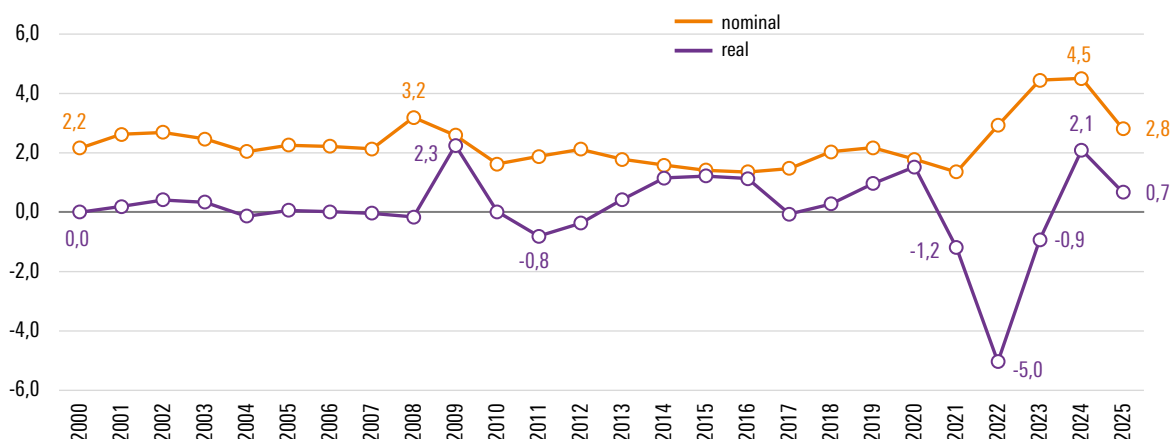
AUF EINEN BLICK

Nach dem Einbruch in den Krisen Jahren stiegen in Europa im Jahr 2025 die realen Tariflöhne im Jahr 2025 das zweite Mal in Folge. Allerdings fiel der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr nur gering aus, sodass trotz gesunkener Inflation die Kaufkraft der Tariflöhne immer noch unterhalb des Niveaus

von 2020 lag. Dies ist auch in Deutschland der Fall, wo deutlicher Nachholbedarf besteht. Im Frühjahr 2026 treiben die stark erhöhten Weltmarktpreise für fossile Energieträger erneut die Verbraucherpreise in die Höhe. Gleichzeitig schwächt sich das Wachstum der Tariflöhne in Europa ab. Die Aufholbewegung kommt damit vorrausichtlich zum Erliegen, bevor sie abgeschlossen ist.

Entwicklung der Tariflöhne in der Euro-Zone, 2000–2025

Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



Anmerkung: Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Europäische Zentralbank (Tariflöhne) und AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 21. Mai 2026), Berechnungen des WSI.

INHALT

1	Einleitung	3
2	Ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifpolitik	3
2.1	Allgemeine Wirtschaftsentwicklung	3
2.2	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt	5
2.3	Produktivitätsentwicklung, BIP-Deflator und Verteilungsspielraum	5
3	Die Entwicklung der Tariflöhne	7
3.1	Der EZB-Tariflohnindikator	7
3.2	Die Tariflohnentwicklung in ausgewählten EU-Staaten	9
4	Die Entwicklung der Effektivlöhne	11
4.1	Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen	11
4.2	Verteilungsbilanz und funktionale Einkommensverteilung	14
5	Bilanz: Aufholbewegung bei den Tariflöhnen kommt zum Erliegen	16



AUTORENSCHAFT

Thilo Janssen

Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und Korrespondent für die europäische Stiftung Eurofound. Forschungsschwerpunkte: Europäische Arbeitsbeziehungen und Arbeitskämpfe.
thilo-janssen@boeckler.de

Malte Lübker, Dr.

Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Löhne, Tarifpolitik, personale und funktionale Einkommensverteilung und Umverteilung durch den Wohlfahrtsstaat.
malte-luebker@boeckler.de

1 EINLEITUNG

Nachdem die Beschäftigten in den Hochinflationen einschneidende Wohlfahrtsverluste hinnehmen mussten, stiegen die Löhne zuletzt wieder oberhalb der Inflationsrate. Dafür mussten Gewerkschaften vielerorts in Europa intensive Arbeitskämpfe führen (Janssen/Lübker 2025). Mit dem Iran-Krieg, der Schließung der Straße von Hormus und den rasant gestiegenen Weltmarktpreisen für fossile Energieträger steigen die Verbraucherpreise wieder. Deshalb drohen den Beschäftigten erneut Kaufkraftverluste.

Der diesjährige Europäische Tarifbericht 2025/2026 beschreibt zunächst die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Lohnentwicklung in der EU, wozu auch die Lage der Arbeitsmärkte und die Entwicklung der Produktivität und Preise betrachtet werden (Abschnitt 2). In den folgenden Abschnitten wird die Entwicklung der Tariflöhne (Abschnitt 3) und der Effektivlöhne (Abschnitt 4) analysiert. Die abschließende Bilanz (Abschnitt 5) widmet sich der Frage, was der erneute Anstieg der Inflation für den zuletzt bereits abflachenden Aufholprozess der Reallöhne bedeutet.

2 ÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN DER TARIFPOLITIK

2.1 Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Nach Jahren der ökonomischen Krise und Unsicherheit war die Aussicht zum Jahresbeginn 2026 wieder positiver: In ihrer Herbstprognose vom November 2025 erwartete die Europäische Kommission für 2026 eine Stabilisierung des BIP-Wachstums bei 1,4% in der EU (Europäische Kommission 2025a). Auch in Deutschland sollte das Wachstum nach dem Stand vom Herbst 2025 mit 1,2% wieder anziehen. In diese Prognose flossen nicht zuletzt die Erwartungen an die durch das Sondervermögen getätigten Investitionen in die Infrastruktur in Deutschland ein, die auch einen positiven Impuls für die Konjunkturentwicklung in Europa erwarten ließen (vgl. IWF 2026, S.2). Mit dem im Februar 2026 begonnenen Iran-Krieg, der Schließung der Straße von Hormus und dem dadurch ausgelösten „neuen Energiepreisschock“ trübten sich diese Aussichten jedoch ein.

In ihrer Frühjahrsprognose erwartet die Kommission negative Auswirkungen dieses neuen externen Preisschocks auf Produktionskosten, Verbraucherpreise sowie die realen Einkommen und damit auch auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (Europäische Kommission 2026). Dabei hatte sich die Wirtschaftsleistung der EU im Jahr 2025

mit einem BIP-Wachstum von 1,5% sogar leicht besser als erwartet entwickelt (Tabelle 1; ebd.). Wegen der Folgen des Iran-Krieges korrigierte die Kommission ihre Voraussagen für 2026 jedoch auf 1,1% nach unten. Für Deutschland, das aufgrund des hohen Anteils der Industrie an der Wirtschaftsleistung besonders exponiert ist, halbierte sie die Prognose sogar und erwartet nun nur noch ein BIP-Wachstum von 0,6% im Jahr 2026.

Insgesamt entwickelte sich das BIP der EU-Mitgliedstaaten 2025 heterogen. Ausreißer war wieder einmal Irland: Dessen außerordentliches BIP-Wachstum im vergangenen Jahr (12,3%) ist vor allem auf vorgezogene Exporte pharmazeutischer Produkte in Erwartung US-amerikanischer Zölle zurückzuführen. Der erwartete Rückgang des BIP im Jahr 2026 (-1,2%) liegt entsprechend im Basiseffekt 2025 begründet (ebd., S.100). Besonders stark sind 2025 einige Länder in Süd- und Osteuropa gewachsen, angeführt von den kleinen Inselstaaten Malta (4,0%) und Zypern (3,8%). In beiden Ländern wird das BIP getragen von Dienstleistungsexporten in Bereichen wie IT, Finanzen und Tourismus (ebd., S.120). Bedeutender ist Spanien (2,8%), dessen erheblich größere Wirtschaft von starker privater Nachfrage und öffentlichen Investitionen profitiert (ebd., S.105). In Osteuropa wird das Wachstum von Polen (3,6%) getrieben, getragen von anhaltend hohem privaten Konsum und in großen Teilen EU-finanzierten öffentlichen Investitionen (ebd., S.142). Von den exportorientierten Ländern mit starker industrieller Basis im Norden und Westen Europas konnte in den beiden vergangenen Jahren einzig Dänemark BIP-Wachstumsraten um die Drei-Prozent-Marke aufweisen; 2025 waren es 2,9%. Das dänische BIP profitierte weiterhin stark von der exportorientierten pharmazeutischen Industrie (ebd., S.138).

Mit Ausnahme der Niederlande (1,8%) stagnierten die meisten Volkswirtschaften in Westeuropa im vergangenen Jahr 2025, wobei Deutschland (0,2%) das Schlusslicht bildete und Frankreich (0,8%) noch etwas besser abschnitt. In Deutschland dämpft vor allem die Exportwirtschaft das BIP-Wachstum. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) identifiziert hohe US-Einfuhrzölle, sinkende Investitionsgüternachfrage aus China, Zugangsbeschränkungen zu US- und chinesischen Absatzmärkten, Wettbewerbsdruck durch chinesische Konkurrenten auf Drittmarkten sowie die Aufwertung des Euro gegenüber US-Dollar und Renminbi als wichtige Faktoren (Breuer et al. 2025, S.6). In Südeuropa konnte das BIP in Italien kaum zulegen; in Osteuropa war dies in Ungarn, Estland und Rumänien der Fall.

2026 machen sich die gestiegenen Energiepreise und das aufgrund des Iran-Kriegs volatile ökonomische Umfeld in der Konjunkturprognose für Deutschland bemerkbar (vgl. den IMK-Konjunkturindikator vom Mai 2026; IMK 2026). Ähnlich ist die Situation in den westeuropäischen Nachbar-

Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, 2023–2026*

Angaben in Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Erwerbslosenquote			
	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Nordeuropa								
Dänemark	0,6	3,5	2,9	1,9	5,1	6,2	6,3	6,4
Finnland	-1,3	0,4	0,2	0,8	7,2	8,4	9,7	10,2
Schweden	-0,2	1,0	1,5	1,8	7,7	8,4	8,8	8,5
Westeuropa								
Belgien	1,6	1,1	1,0	0,7	5,5	5,7	6,1	6,5
Deutschland	-0,9	-0,5	0,2	0,6	3,1	3,4	3,9	4,0
Frankreich	1,4	1,2	0,8	0,8	7,3	7,4	7,6	8,2
Irland	-2,5	2,6	12,3	-1,2	4,3	4,3	4,6	4,7
Luxemburg	0,1	0,4	0,6	1,6	5,2	6,4	6,5	6,5
Niederlande	-0,6	1,1	1,8	1,0	3,6	3,7	3,9	4,2
Österreich	-0,8	-0,7	0,6	0,6	5,1	5,2	5,7	5,7
Südeuropa								
Griechenland	2,1	2,1	2,1	1,8	11,1	10,1	8,8	8,2
Italien	0,9	0,8	0,5	0,5	7,7	6,5	6,1	5,7
Malta	10,6	6,2	4,0	3,7	3,5	3,2	2,8	2,9
Portugal	3,1	2,2	1,9	1,7	6,5	6,5	5,9	5,7
Spanien	2,5	3,5	2,8	2,4	12,2	11,4	10,3	9,6
Zypern	3,6	3,9	3,8	2,3	5,8	4,9	4,2	4,1
Osteuropa								
Bulgarien	1,7	3,4	3,1	2,5	4,3	4,2	3,5	3,7
Estland	-2,7	-0,1	0,6	1,6	6,4	7,6	7,5	7,1
Kroatien	3,8	3,8	3,4	2,7	6,1	5,0	4,8	4,7
Lettland	-0,9	0,0	2,1	1,4	6,5	6,9	6,9	6,8
Litauen	0,7	3,0	2,9	3,0	6,9	7,1	6,9	6,7
Polen	0,2	3,2	3,6	3,5	2,8	2,9	3,1	3,1
Rumänien	2,3	0,9	0,7	0,1	5,6	5,4	6,1	6,3
Slowakei	2,1	1,9	0,8	0,8	5,8	5,3	5,5	5,8
Slowenien	2,4	1,7	1,1	1,9	3,7	3,7	3,9	3,8
Tschechien	0,0	1,3	2,6	1,8	2,6	2,6	2,8	3,0
Ungarn	-0,8	0,7	0,5	1,8	4,1	4,5	4,4	4,6
EU-27	0,4	1,1	1,5	1,1	6,1	5,9	6,0	6,0

Anmerkungen:

Bruttoinlandsprodukt = Veränderung des realen BIP in % gegenüber dem Vorjahr.**Erwerbslosenquote** = Anteil der Erwerbslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition).

* Angaben für 2026: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 21. Mai 2026).

ländern Österreich (0,6%) und Frankreich (0,8%), aber auch in Italien (0,5%). Unter den größeren Volkswirtschaften sind es weiterhin Polen (3,5%) und Spanien (2,4%), die das erwartete BIP-Wachstum von 1,1% im laufenden Jahr tragen.

2.2 Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt ist in der EU trotz der fortgesetzten Krisen der vergangenen Jahre weiterhin von niedriger Arbeitslosigkeit und, zumindest per Saldo, fortgesetztem Beschäftigungsaufbau geprägt (Europäische Kommission 2025b). So erreichte die Erwerbstätigenquote 2025 mit 76,1% ein weiteres Allzeithoch, nach 75,8% im Vorjahr 2024 (Eurostat 2025a). Jedoch ist die Zahl der offenen Stellen seit ihrem Höchstwert von 3,2% im zweiten Quartal 2022 zurückgegangen und lag im 1. Quartal 2026 bei 2,1%, was auch dem Durchschnitt des Jahres 2025 entspricht (Eurostat 2025b). Dahinter steht eine Spaltung des Arbeitsmarktes: Neue Stellen werden vor allem im Dienstleistungssektor geschaffen; allein im Jahr 2025 kamen hier etwa 1,54 Mio. neue Stellen hinzu. Positiv ist die Bilanz auch im Bausektor (180000 neue Stellen), während das verarbeitende Gewerbe auch 2025 einen leichten Stellenabbau um 125000 Stellen verzeichnete (Europäische Kommission 2026; Eurostat 2026).

Die Erwerbslosenquote betrug 2025 nach dem international angewandten ILO-Konzept 6,0% (Tabelle 1), womit sie nur um 0,1 Prozentpunkte über dem Rekordtief des Vorjahres lag. Für das laufende Jahr erwartet die Europäische Kommission trotz der wirtschaftlichen Unsicherheiten eine weitgehend stabile Entwicklung, abhängig allerdings von der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Verwerfungen in Folge des Iran-Kriegs (Europäische Kommission 2026, S. 37, 40f.). Die Lage auf den nationalen Arbeitsmärkten hat sich in den vergangenen Jahren schrittweise verschoben. Während die Arbeitslosigkeit in bislang besonders betroffenen südeuropäischen Ländern wie Spanien (2025: 10,3%) und Griechenland (8,8%) kontinuierlich zurückgegangen ist, ist die Quote in nordeuropäischen Ländern wie Finnland (9,7%) und Schweden (8,8%) stetig gestiegen. Bestätigt sich die Annahme der Kommission für 2026, wird Finnland vor dem Hintergrund schwachen Wirtschaftswachstums den negativen Trend mit einer Erwerbslosenquote von 10,2% verstetigen, während sich in Schweden (8,5%) eine leichte Trendwende andeutet. In Spanien (9,6%) und Griechenland (8,2%) setzt sich der Prognose zufolge die positive Entwicklung fort.

Nahe der Vollbeschäftigung bewegten sich 2025 weiterhin Tschechien (2,8%), Polen (3,1%) und Malta (2,8%). Auch Deutschland gehörte 2025 mit 3,9% wieder zur Spitzengruppe der Länder mit den niedrigsten Erwerbslosenquoten, mit leicht negativer Tendenz für 2026 (4,0%) – seit 2022 hät-

te die Erwerbslosigkeit in Deutschland dann fast einen vollen Prozentpunkt zugelegt. Frankreich kann trotz gestiegener Erwerbsquote den negativen Trend bei der Erwerbslosenquote nicht umkehren und könnte mit prognostizierten 8,2% im laufenden Jahr einen Höchstwert erreichen.

2.3 Produktivitätsentwicklung, BIP-Deflator und Verteilungsspielraum

Damit lohnabhängige Beschäftigte an der Wohlfahrtsentwicklung teilhaben können, muss die Lohnfindung Produktivitäts- und Preisentwicklung berücksichtigen. Aus diesen beiden Faktoren errechnet sich der Spielraum für verteilungsneutrale Lohnsteigerungen: Wird er ausgeschöpft, bleibt die Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit gleich. Bei langfristiger Unter- oder Überausschöpfung profitiert die eine oder andere Seite; dies wirkt sich entsprechend auf die funktionale Einkommensverteilung aus (Janssen/Lübker 2024, S. 276f.; siehe auch Abschnitt 4.2).

Mit der zuletzt positiven Konjunkturentwicklung ist die Arbeitsproduktivität leicht gestiegen, im EU-Aggregat von 0,3% im Jahr 2024 auf 1,0% im vergangenen Jahr 2025 (Tabelle 2). Aufgrund der erwarteten negativen Auswirkungen des Iran-Kriegs auf das BIP-Wachstum in der EU hat die Kommission ihre Prognose für das Produktivitätswachstum im laufenden Jahr 2026 jedoch auf 0,7% nach unten korrigiert; in der Herbstprognose war sie noch von einer günstigeren Wirtschaftsentwicklung und einem Produktivitätszuwachs von 1,0% für 2026 ausgegangen (Europäische Kommission 2025a, S. 41). Auch in Deutschland beeinflussen weiterhin konjunkturelle Faktoren die Produktivitätsentwicklung. So ist das reale BIP pro Erwerbstätigem in den Jahren 2023 (-1,5%) und 2024 (-0,6%) als Folge des BIP-Rückgangs gefallen, während es im laufenden Jahr (0,7%) wieder leicht zunehmen sollte. Langfristig betrachtet spielen auch andere Faktoren eine wichtige Rolle: Effizienzsteigerungen fallen in der Regel in der Industrie höher aus als im Dienstleistungsbereich. Die im Zuge der jüngsten Krisen beschleunigte Verschiebung der Wirtschaftsleistung aus dem verarbeitenden Gewerbe hin zu den Dienstleistungsbranchen (Deutsche Bundesbank 2026a, S. 21) beeinflusst deshalb die langfristige Entwicklung der Arbeitsproduktivität (Deutsche Bundesbank 2026b).

Die Preisentwicklung wird in Tabelle 2 mit Rückgriff auf den BIP-Deflator dargestellt. Der BIP-Deflator ist ein Indikator für das Verhältnis zwischen nominalem und realem BIP, d.h. er bildet die Preisentwicklung der inländischen Wertschöpfung ab – und damit das, was zur Verteilung zwischen Arbeit und Kapital zur Verfügung steht. Der BIP-Deflator wird im Europäischen Tarifbericht zur Berechnung des Verteilungsspielraums verwendet, da dieser die Kostenschöcks für Unternehmen durch stei-

Arbeitsproduktivität, Preisentwicklung der inländischen Wertschöpfung und Verteilungsspielraum in der Europäischen Union, 2023–2026*

Angaben in Prozent

	Arbeitsproduktivität				BIP Deflator				Verteilungsspielraum			
	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Nordeuropa												
Dänemark	-0,5	2,8	1,7	1,7	-2,1	1,5	1,7	1,3	-2,6	4,3	3,4	3,1
Finnland	-2,3	1,5	0,7	0,6	3,9	0,7	1,5	2,3	1,6	2,2	2,2	2,9
Schweden	-1,4	1,3	1,7	1,2	5,8	3,0	1,2	1,2	4,3	4,4	2,9	2,3
Westeuropa												
Belgien	0,8	0,8	0,6	0,0	5,5	1,9	2,6	2,2	6,4	2,7	3,2	2,2
Deutschland	-1,5	-0,6	0,3	0,7	6,7	3,1	3,0	2,5	5,1	2,5	3,3	3,2
Frankreich	0,3	0,4	0,7	0,9	5,0	2,1	1,2	1,8	5,3	2,5	1,9	2,7
Irland	-5,8	-0,1	10,1	-2,8	3,4	4,5	1,0	2,0	-2,6	4,4	11,3	-0,8
Luxemburg	-1,8	-0,6	-0,5	0,4	6,9	4,6	3,2	2,8	5,0	3,9	2,7	3,2
Niederlande	-2,2	0,1	1,3	0,8	6,3	5,7	3,3	3,2	3,9	5,8	4,7	4,0
Österreich	-1,6	-0,7	0,6	0,3	7,2	4,1	3,2	2,1	5,5	3,3	3,8	2,4
Südeuropa												
Griechenland	0,2	1,1	1,2	1,0	6,3	3,2	2,8	2,9	6,5	4,4	4,1	3,9
Italien	-1,1	-1,0	-0,5	0,4	6,3	2,0	2,0	1,9	5,1	1,0	1,4	2,3
Malta	3,6	1,2	0,0	0,5	5,2	4,1	2,2	2,3	8,9	5,3	2,2	2,8
Portugal	1,1	1,5	-0,4	0,6	7,5	4,9	3,9	2,8	8,7	6,4	3,5	3,5
Spanien	-0,8	1,1	0,1	0,1	6,2	2,9	2,9	2,6	5,4	4,1	3,0	2,8
Zypern	0,7	1,6	2,1	0,9	5,6	3,1	1,1	2,5	6,3	4,8	3,2	3,4
Osteuropa												
Bulgarien	0,6	2,3	0,9	2,2	8,0	7,2	7,4	1,9	8,6	9,7	8,4	4,2
Estland	-5,8	-0,3	1,1	1,6	8,6	4,0	3,8	3,5	2,4	3,7	5,0	5,2
Kroatien	2,0	-1,7	1,9	1,6	12,9	4,5	4,7	4,7	15,1	2,8	6,7	6,4
Lettland	-2,7	1,4	2,7	1,9	10,7	2,8	3,6	3,1	7,7	4,3	6,4	5,0
Litauen	-0,7	1,5	3,7	3,1	10,0	3,2	3,6	3,4	9,2	4,7	7,4	6,6
Polen	0,2	3,9	3,6	3,3	9,9	4,1	2,9	3,2	10,0	8,1	6,6	6,6
Rumänien	3,5	-0,7	4,3	0,6	12,4	9,6	8,2	7,4	16,3	8,9	12,8	8,0
Slowakei	1,8	2,1	0,9	1,3	10,0	3,4	4,2	3,7	12,0	5,6	5,2	5,1
Slowenien	0,9	1,3	1,5	1,9	10,0	3,5	3,5	3,6	11,0	4,8	5,0	5,6
Tschechien	-1,5	0,7	1,5	1,7	8,6	3,9	3,5	2,7	6,9	4,6	5,1	4,4
Ungarn	-1,4	0,5	0,1	1,9	15,0	7,6	6,3	3,9	13,3	8,2	6,4	5,8
EU-27	-0,8	0,3	1,0	0,7	6,3	3,2	2,6	2,4	5,4	3,5	3,7	3,2

Anmerkungen:**Arbeitsproduktivität** = Reales BIP pro Erwerbstätigem, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (Personenkonzept, nicht arbeitszeitbereinigt).**BIP-Deflator** = aus dem Unterschied zwischen nominaler und realer Entwicklung des BIPs abgeleiteter Preisindex.**Verteilungsspielraum** = Produkt aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung (basierend auf dem BIP-Deflator).

* Angaben für 2026: Prognose der Europäischen Kommission.

gende Preise für ausländische Vorleistungen – wie im aktuellen Fall hoher Ölpreise – bereits berücksichtigt. So lässt sich ein direkter Zusammenhang zwischen der Verteilungsbilanz – das Unter- oder Überausschöpfen des Verteilungsspielraums – und der funktionalen Einkommensverteilung herstellen (vgl. Janssen/Lübker 2023, S.282f.). Anders verhält es sich bei der Berechnung der Kaufkraft der Löhne: Weil hier aus Beschäftigtensicht die Verbraucherpreise ausschlaggebend sind, wird zur Berechnung der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) verwendet (siehe **Abschnitt 4.1**). Aufgrund der Komposition des dem HVPI zugrunde liegenden Warenkorbs und des hohen Gewichts der Energiepreise ist dieser volatiler (Deutsche Bundesbank 2026c). BIP-Deflator und HVPI bewegen sich deswegen nicht notwendigerweise parallel (siehe **Tabelle 2** und **Tabelle 3**).

Auf dem Gipfel der Preisentwicklung 2023 wies der BIP-Deflator einen Rekordwert von 6,3% Steigerung gegenüber dem Vorjahr auf. Jedoch hat sich die Wachstumsrate des Preisindikators zuletzt wieder deutlich abgeschwächt und erreichte 2025 einen Wert von 2,6% im EU-Durchschnitt und 3,0% in Deutschland. Die zunächst inflationstreibenden Extraprofite vieler Unternehmen des Jahres 2022 fungierten in den Folgejahren als Puffer zur Finanzierung nachholend steigender Löhne, sodass es nicht zu der zuvor oft beschworenen „Lohn-Preis-Spirale“ kam (Janssen/Lübker 2025). Auch im laufenden Jahr (2,4%) prognostiziert die EU-Kommission einen weiter rückläufigen BIP-Deflator – im Unterschied zur Entwicklung der Verbraucherpreise (siehe **Abschnitt 4.1**).

Mit der annähernden Normalisierung bei Produktivitätswachstum und Entwicklung des BIP-Deflators bewegte sich der Verteilungsspielraum 2025 (3,7%) wie schon 2024 (3,5%) im moderaten Bereich – ein Trend, der sich nach aktuellen Berechnungen auf Grundlage der Prognosen der Kommission auch 2026 (3,2%) fortsetzen sollte. Aus Sicht der EZB liegt dieser Wert in dem Bereich von rund 3%, den sie nach der Formel „2% Inflationsziel der EZB plus 1% Trendwachstum der Produktivität“ als mit einer stabilen Preisentwicklung vereinbar erachtet (Lane 2024). Aus Sicht vieler Tarifbeschäftigter und Gewerkschaften stellt sich dies durchaus anders dar: Weil der Verteilungsspielraum in den vergangenen Jahren nicht ausgeschöpft wurde, besteht in vielen Ländern und Branchen weiterhin Aufholbedarf bei der langfristigen Kaufkraftsicherung (siehe **Abschnitt 3**).

3 DIE ENTWICKLUNG DER TARIFLÖHNE

3.1 Der EZB-Tariflohnindikator

Die Daten des EZB-Tariflohnindikators¹ zeigen, dass die Tariflöhne zeitversetzt auf die Preisentwicklung reagieren. Die geringen nominalen Steigerungen der Jahre 2021 und 2022 führten vor dem Hintergrund der Inflation zu historischen Kaufkraftverlusten (-5% im Jahr 2022). In den arbeitskampffreien Jahren 2023 und 2024 konnten die Gewerkschaften nominale Abschlüsse von durchschnittlich jeweils etwa 4,5% erzielen (**Abbildung 1**). Vor dem Hintergrund einer abflachenden Preisentwicklung führte dies – nach zuvor drei Verlustjahren in Folge – zu Reallohnzuwächsen von 2,1% im Jahr 2024. Dieser Trend hat sich jedoch nur bedingt fortgesetzt; im Jahr 2025 fielen die nominalen Tariflohnzuwächse mit 2,8% im Vergleich zu den Vorjahren wieder deutlich moderater aus und die Real-löhne legten nur noch um 0,7% zu.

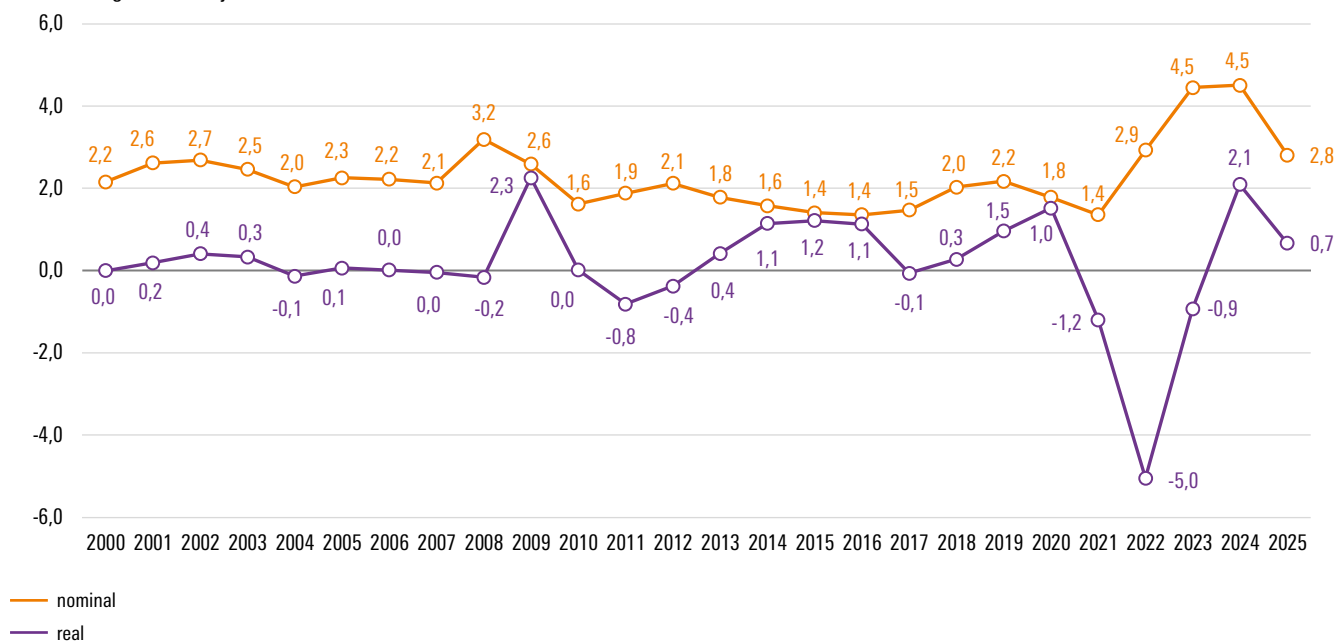
Vergleicht man die Tariflohnentwicklung mit dem Wachstum der Effektivlöhne (also den tatsächlich gezahlten Löhnen inklusive außertariflicher Leistungen), zeigt sich, dass die Tariflöhne zunächst langsamer als die Effektivlöhne auf die Preissteigerungen reagierten. Dies liegt in den festen und teils langen Laufzeiten der Tarifvereinbarungen begründet – und darin, dass der Energiepreisschock für Gewerkschaften und Arbeitgeber gleichermaßen unerwartet kam, also in den Abschlüssen nicht berücksichtigt werden konnte. Entsprechend kam es 2024 und noch bis ins zweite Quartal 2025 durch die dann getätigten Neuabschlüsse zu Nachholeffekten (**Abbildung 2**). Insgesamt flachen sowohl die Tarif- als auch die Effektivlohnentwicklung zuletzt deutlich ab.

Im ersten Quartal 2026 deutet sich wieder ein leichtes Anziehen der Effektivlöhne an; für die Tariflöhne liegen noch keine Daten vor. Eine unmittelbar spürbare Reaktion auf die wegen des Iran-Kriegs steigenden Preise scheint sich jedoch nicht abzuzeichnen. Zum einen reagieren Tariflöhne tendenziell verzögert auf akute Preissprünge. Zum anderen lassen sich – zumindest in Deutschland – nach Analyse der Bundesbank derzeit noch keine erhöhten Lohnforderungen aufgrund der kriegsbe-

¹ Der Tariflohnindikator der EZB bildet die Ergebnisse von Tarifverhandlungen in der Euro-Währungsunion ab. Er greift auf nicht-harmonisierte Daten aus neun Ländern zurück, die zusammen 94% des Arbeitnehmerentgelts im Euro-Raum repräsentierten (Górnicka/Koester 2024, S.9ff.). Nach dem Beitritt Kroatiens zur Eurozone im Jahr 2023 wird im diesjährigen Europäischen Tarifbericht in **Abbildung 1** und **Abbildung 2** erstmals eine Zeitreihe für die Eurozone mit 20 Mitgliedern ausgewiesen (EA-20). Dadurch können sich Veränderungen zu den Veröffentlichungen der Vorjahre ergeben.

Entwicklung der Tariflöhne in der Euro-Zone, 2000–2025

Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



Anmerkung: Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

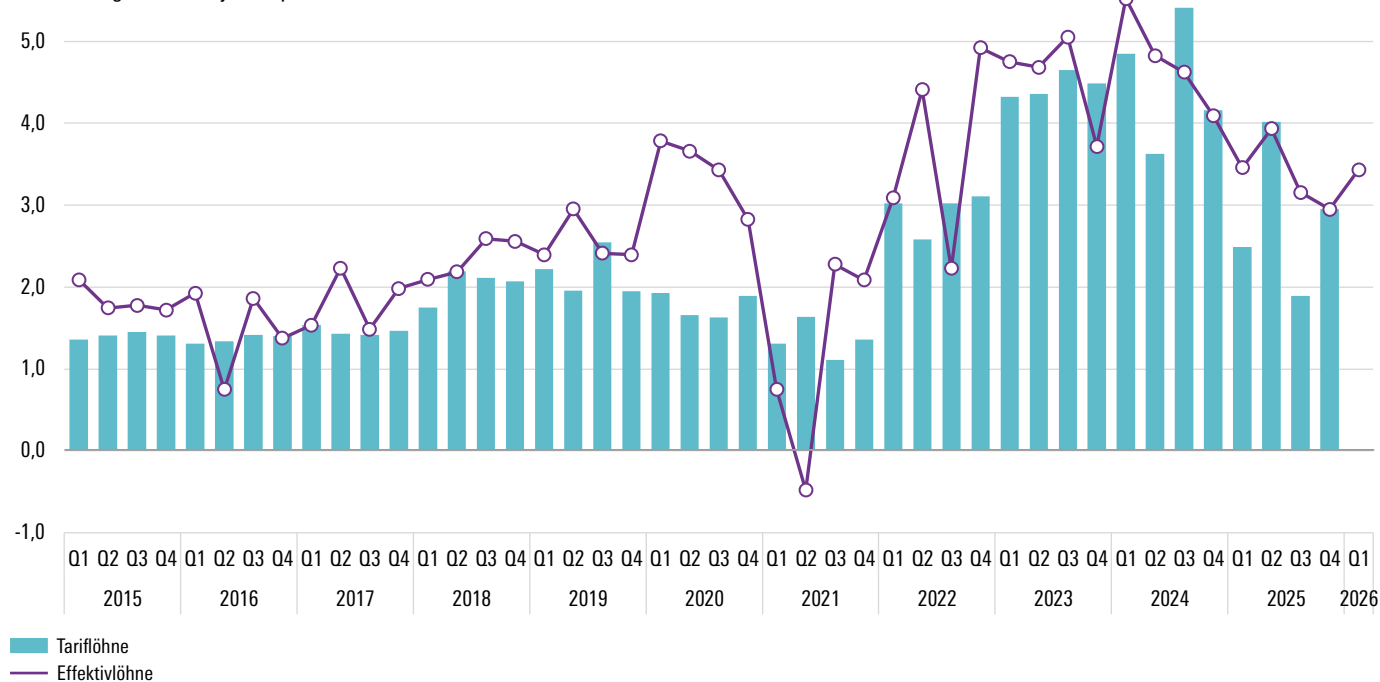
Quelle: Europäische Zentralbank (Tariflöhne) und AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 21. Mai 2026); Berechnungen des WSI.

WSI

Abbildung 2

Entwicklung der Tarif- und Effektivlöhne in der Euro-Zone, 2015–2025/26

Veränderungen zum Vorjahresquartal in Prozent



Anmerkungen:

Effektivlöhne beziehen sich auf NACE Rev. 2 Abschnitte B bis S (d. h. Gesamtwirtschaft ohne Landwirtschaft, ohne private Haushalte als Arbeitgeber und ohne extraterritoriale Organisationen) ohne Berücksichtigung der Lohnnebenkosten. Die Daten sind kalenderbereinigt, aber nicht saisonbereinigt.

Quelle: Europäische Zentralbank, Berechnungen des WSI.

WSI

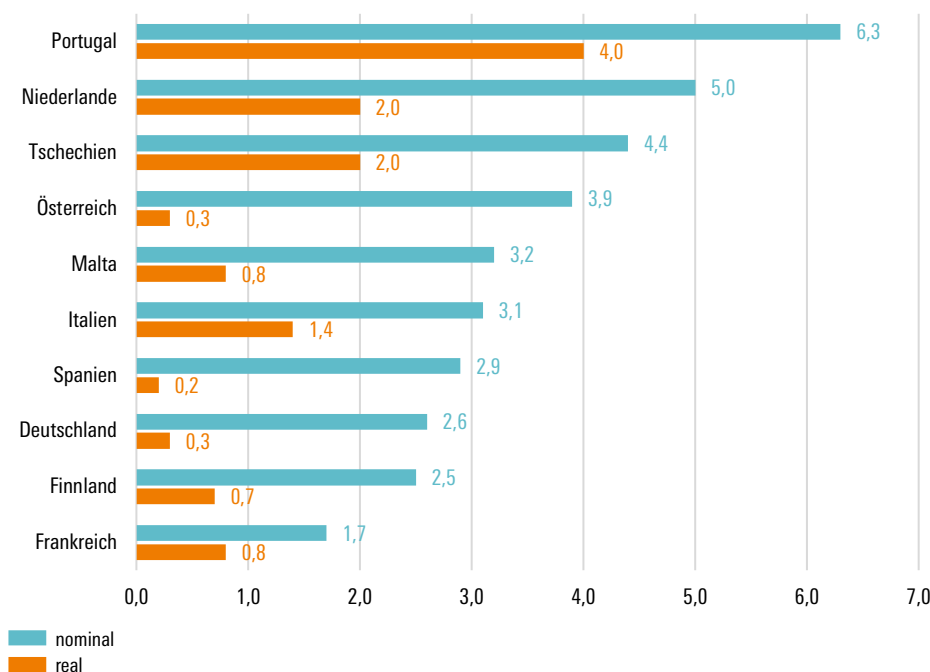
dingten Preissteigerungen ausmachen (Deutsche Bundesbank 2026c, S.12). Die EZB geht für das laufende Jahr sogar von sinkenden Steigerungsraten bei den Arbeitskosten aus (EZB 2026a, S.3). Grundlage für diese Einschätzung sind die jüngsten verfügbaren Daten des Wage Trackers der EZB (2026b), mit dem die Zentralbank anhand bereits vereinbarter Stufenerhöhungen in Tarifverträgen versucht, zukünftige Trends abzubilden.² Danach könnten die Tariflöhne in der Euro-Zone im Jahr 2026 um 2,6% zulegen und damit unterhalb des Richtwerts der EZB von 3% bleiben (siehe oben). Damit geht von den Löhnen kein Preisdruck aus. Stattdessen drohen den Tarifbeschäftigten – wie schon in den Jahren 2021 bis 2023 – erneut Kaufkraftverluste, da die HVPI-Inflationsrate in der Eurozone mit 3,0% nach den Prognosen der Europäischen Kommission oberhalb der nominalen Steigerungen der Tariflöhne liegen dürfte.³

3.2 Die Tariflohnentwicklung in ausgewählten EU-Staaten

Bei Redaktionsschluss lagen für das vergangene Jahr Daten zur Entwicklung der Tariflöhne aus zehn EU-Mitgliedstaaten⁴ vor, die eine heterogene Entwicklung der Tariflöhne nachzeichnen (Abbildung 3). Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass solch eine Momentaufnahme aufgrund unterschiedlicher Lohnsetzungstraditionen und Laufzeiten von Tarifverträgen in unterschiedlichen Sektoren kein vollständiges Bild liefert. In Portugal (6,3%) konnten die Tarifbeschäftigten 2025 wie schon in den Vorjahren von satten, nominalen Zuwachsraten profitieren, auch in den Niederlanden (5,0%) und Tschechien (4,4%) setzt sich ein starker Trend fort. Im moderaten Mittelfeld konnten die Tariflöhne noch um die Drei-Prozent-Marke herum wachsen, so in Malta (3,2%), Italien (3,1%)

Abbildung 3

Entwicklung der Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2025*
Veränderungen zum Vorjahr in Prozent



* Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Daten teilweise noch vorläufig.

Quelle: Direção-Geral do Emprego e das Relações de Trabalho (dget, Portugal); Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS, Niederlande); Ministerstvo práce a sociálních věcí (MPSV, Tschechien); Statistik Austria (Österreich); Il-Ministeru għall-Finanzi (MFIN, Malta); Istituto nazionale di statistica (ISTAT, Italien); Ministerio de Trabajo y Economía Social (MITES, Spanien); Statistisches Bundesamt (DESTATIS, Deutschland); Tilastokeskus (Finnland); Dares (Frankreich); AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 21. Mai 2026); Berechnungen des WSI.

WSI

2 Der auf zukünftige Trends gerichtete Teil des Wage Trackers der EZB erlaubt anhand von bereits vereinbarten Stufenerhöhungen in Tarifverträgen aus sieben Euro-Ländern einen Ausblick auf die künftige Tarifentwicklung (Górnicka/Koester 2024).

3 Quelle AMECO-Datenbank vom 21.05.2026 (Seriencode EA20.1.0.0.0.ZCPIH), Berechnungen des WSI; Wert nicht tabellarisch ausgewiesen.

4 Frankreich: Nur Privatwirtschaft.

und Spanien (2,9%). Das Schlusslicht bildet in dieser Aufstellung Frankreich (1,7%). Hier standen allerdings nur Daten für den Privatsektor zur Verfügung, was die Vergleichbarkeit erheblich einschränkt.

In Deutschland konnten die Tariflöhne nach Daten des WSI-Tarifarchivs 2025 nominal nur noch um 2,6% zulegen. Die Tarifentwicklung konnte damit hierzulande nicht an die Dynamik der Jahre 2023 (5,5%) und 2024 (5,4%) anschließen, die auch von intensiven Arbeitskämpfen geprägt waren (Janssen et al. 2025). Nach Berechnungen der Bundesbank setzt sich das moderate Wachstum auch aktuell fort: Die Tariflöhne stiegen im ersten Quartal 2026 in Deutschland um 2,8% an (Deutsche Bundesbank 2026c, S. 12). Der Trend könnte sich weiter abschwächen. Während viele ältere Vereinbarungen mit vergleichsweise hohen Stu-

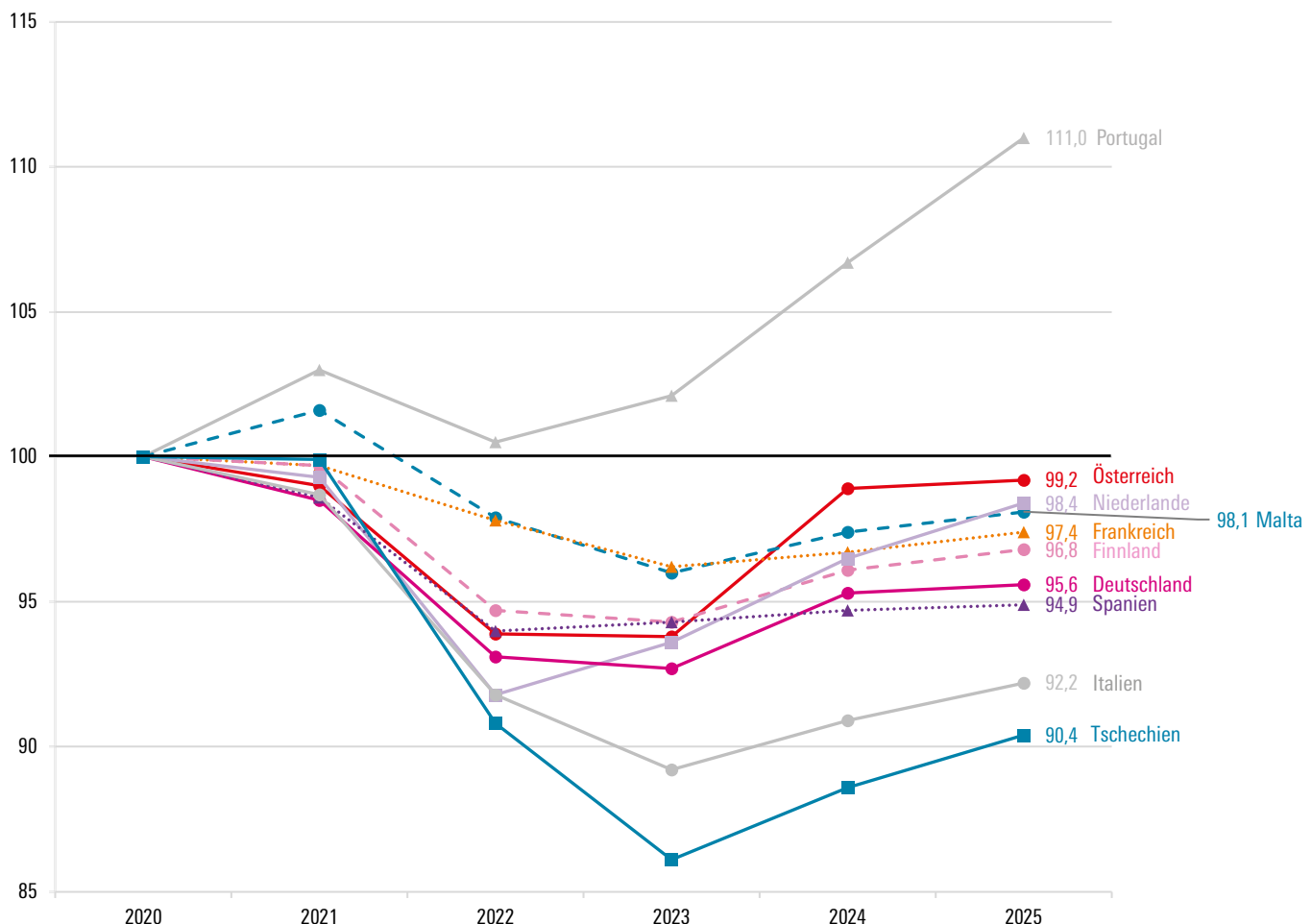
fenerrhöhungen schrittweise auslaufen, fallen die tabellenwirksamen Erhöhungen jüngerer Vereinbarungen deutlich geringer aus. So steigen etwa nach dem im März 2026 erfolgten Abschluss in der Chemieindustrie die Entgelte erst ab 2027 wieder um 2,1%; dies spiegelt die schwierige wirtschaftliche Situation in einigen industriellen Branchen wider (IGBCE 2026). Im öffentlichen Dienst der Länder (TdL) stiegen die Tariflöhne im April des laufenden Jahres um 2,8%. In den derzeit laufenden und von Arbeitskämpfen begleiteten Tarifverhandlungen im Einzelhandel fordert die Gewerkschaft ver.di je nach Region um die 7% für 12 Monate; in Nordrhein-Westfalen boten die Arbeitgeber zuletzt 3,5% Steigerung verteilt auf 24 Monate (Deutsche Bundesbank 2026c, S. 105; HV NRW 2026).

Wenn die nominalen Werte mit dem HVPI preisbereinigt werden, so zeigt sich in allen zehn Län-

Abbildung 4

Entwicklung der realen Tariflöhne in ausgewählten EU-Staaten, 2020–2025*

Index, 2020 = 100



* Reale Entwicklung inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Daten teilweise noch vorläufig.

Quelle: Eurofound und eigene Recherche aufgrund von nationalen Quellen; AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 21. Mai 2026); Berechnungen des WSI.

WSI

dern zumindest ein leichtes, reales Wachstum der Tariflöhne. Die Zeit der Reallohnverluste ist also in allen betrachteten EU-Mitgliedstaaten vorbei. Jedoch fallen die jüngsten Kaufkraftzuwächse allenfalls moderat aus: Nur in Portugal (4,0%) und eingeschränkter in den Niederlanden (2,0%) und Tschechien (2,0%) konnten sich die Tarifbeschäftigten 2025 deutlich mehr leisten als im Vorjahr. In Spanien (0,2%), Österreich (0,3%) und Deutschland (0,3%) stagnierte die Kaufkraft der Tariflöhne praktisch.

Über einen längeren Zeitraum betrachtet (Index, 2020 = 100) haben in Österreich (-0,8%), den Niederlanden (-1,6%) oder Frankreich (-2,6%) die realen Tariflöhne nach fünf Jahren Kaufkraftkrise 2025 zumindest annähernd das Niveau von 2020 wieder erreicht (**Abbildung 4**). Dagegen können sich die Tarifbeschäftigten in Deutschland (-4,4%) und Spanien (-5,1%) noch immer deutlich weniger leisten als noch zu Zeiten der Corona-Krise. Besonders drastisch ist die Situation weiterhin in Italien (-7,8%) und Tschechien (-9,6%). Wird für Deutschland anstelle der oben verwendeten Daten des WSI-Tarifarchivs der Index der tariflichen Monatsverdienste (inkl. Sonderzahlungen) des Statistisches Bundesamtes verwendet, liegt der Kaufkraftverlust sogar bei 7,4%.⁵ Nur die portugiesischen Tarifbeschäftigten konnten während der Hochinflationen 2022 und 2023 ihre Kaufkraft erhalten und in den vergangenen beiden Jahren sogar deutlich steigern. Sie profitierten von auf mehrere Jahre angelegte Abkommen zwischen Regierung, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, die auch vor dem Hintergrund eines expandierenden Arbeitsmarktes zuletzt hohe Lohnsteigerungen vorsahen (da Paz Campos Lima/Carrilho 2025, S. 6f.).

Die Mindestlohnpolitik der 22 EU-Mitgliedstaaten mit gesetzlichen Mindestlöhnen hat sich in den vergangenen Jahren tiefgreifend verändert. Die Orientierung an den Mindeststandards der Europäischen Mindestlohnrichtlinie hat das Mindestlohngesetz deutlich nach oben geschoben. Damit prägen Mindestlöhne stärker als früher das Lohngeschehen in den EU-Mitgliedstaaten. Anders als die Tariflöhne konnten die Mindestlöhne im EU-Durchschnitt auch auf dem Höhepunkt der Inflationskrise oberhalb der Teuerungsrate steigen. Zum Jahresbeginn 2025 legten sie im Median kaufkraftbereinigt um 3,8% zu, zum Stichtag 1. Januar 2026 folgte für die Mindestlohnbeschäftigten eine weitere reale Erhöhung um 2,9% (Lübker/Schulten 2026).

4 DIE ENTWICKLUNG DER EFFEKTIVLÖHNE

4.1 Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen

Aus Sicht der Beschäftigten entscheidend ist die Entwicklung der Reallöhne, die sich aus dem Zusammenspiel von Nominallohnentwicklung und Inflation ergibt: Steigen die Löhne schneller als die Preise, verbleibt ihnen ein Kaufkraftgewinn. Wenn hingegen die Inflationsraten oberhalb der Nominallohnzuwächse liegen – wie während des Inflationschocks im Jahr 2022 (Janssen/Lübker 2023) – sinkt die Menge an Gütern und Dienstleistungen, die Erwerbstätige mit ihrem Lohn erwerben können. Um diesen Zusammenhang abzubilden, weist **Tabelle 3** zunächst die Entwicklung der Nominallöhne aus, die auf Basis der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission als Arbeitnehmerentgelte pro Beschäftigtem approximiert werden. Zusätzlich wird der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) abgetragen, der innerhalb der EU nach einheitlichen Regeln ermittelt wird (Eurostat 2024).⁶ Daraus berechnet sich die Entwicklung der Reallöhne.

Auf Ebene der EU zeigt sich im Beobachtungszeitraum ein deutliches Abflachen des Nominallohnwachstums: Während dieses im Jahr 2023 noch 5,9% betrug, waren es im Jahr 2025 nur noch 4,3%. Da sich die Inflationsraten von 2023 (6,4%) bis 2025 (2,5%) wieder normalisiert haben, entwickelten sich die Reallöhne im vergangenen Jahr (2025) mit 1,8% positiv. Für das laufende Jahr (2026) erwartet die Europäische Kommission (2026, S. 37ff.) vor dem Hintergrund einer rückläufigen Arbeitskräftenachfrage einen weiteren Rückgang des Nominallohnwachstums auf 3,7%. Der Anstieg der Preise für fossile Energieträger seit März 2026 im Zuge des Krieges im Iran und die Blockade der Straße von Hormus wirkt sich für Endverbraucher*innen zunächst in Form von höheren Kraftstoffpreisen aus, mittelfristig dürften sich aber insbesondere Lebensmittel und viele Dienstleistungen verteuern (ebd., S. 43ff.). Dadurch könnte der HVPI dieses Jahr in der EU um rund 3,1% steigen, wobei sich die genaue Entwicklung durch die bei Redaktionsschluss unklare Lage im Nahen Osten nur schwer vorhersagen lässt. Per Saldo zeichnet sich für 2026 deshalb ein deutlicher Rückgang des Reallohnwachstums auf nur noch 0,5% ab.

⁵ Die Berechnung beruht auf der Genesis-Datenbank (Seriencode 62221-0001) und dem HVPI aus der AMECO-Datenbank (Stand: 21. Mai 2026).

⁶ Die Europäische Kommission (2026, S. 37) verwendet für die Preisbereinigung der Arbeitnehmerentgelte statt des HVPI den Deflator für den privaten Konsum. Hierdurch kann es zu geringen Abweichungen zu den von der Kommission in ihrem Frühjahrsgutachten veröffentlichten Daten kommen.

Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen in der Europäischen Union, 2023–2026*

Angaben in Prozent

	Nominallohne				Verbraucherpreise (HVPI)				Reallöhne			
	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Nordeuropa												
Dänemark	3,4	4,4	3,3	3,3	3,4	1,3	1,8	1,8	0,0	3,1	1,5	1,5
Finnland	3,3	1,8	2,6	2,7	4,3	1,0	1,8	2,4	-1,0	0,8	0,8	0,3
Schweden	5,3	5,2	1,7	3,4	5,9	2,0	2,6	1,5	-0,6	3,1	-0,9	1,9
Westeuropa												
Belgien	7,5	3,4	3,3	2,4	2,3	4,3	3,0	3,4	5,1	-0,9	0,2	-0,9
Deutschland	6,2	5,1	5,0	3,6	6,0	2,5	2,3	2,9	0,2	2,6	2,7	0,7
Frankreich	4,1	3,2	2,2	2,3	5,7	2,3	0,9	2,4	-1,4	0,8	1,2	-0,1
Irland	6,8	4,2	3,4	3,8	5,2	1,3	2,1	3,5	1,5	2,9	1,3	0,3
Luxemburg	7,5	3,5	4,4	3,4	2,9	2,3	2,5	2,7	4,5	1,2	1,8	0,6
Niederlande	6,2	6,6	4,7	3,8	4,1	3,2	3,0	3,2	2,0	3,2	1,7	0,5
Österreich	6,8	7,2	3,8	2,5	7,7	2,9	3,6	3,0	-0,8	4,2	0,2	-0,6
Südeuropa												
Griechenland	3,3	5,8	3,5	3,6	4,2	3,0	2,9	3,7	-0,8	2,7	0,6	-0,1
Italien	2,6	3,3	3,0	2,7	5,9	1,1	1,7	3,2	-3,1	2,2	1,3	-0,5
Malta	2,4	7,6	4,2	3,5	5,6	2,4	2,4	2,7	-3,0	5,0	1,7	0,8
Portugal	9,4	7,5	4,8	4,4	5,3	2,7	2,2	3,0	3,9	4,7	2,5	1,3
Spanien	5,0	4,6	4,3	3,4	3,4	2,9	2,7	3,0	1,6	1,6	1,6	0,3
Zypern	9,4	3,3	4,2	4,0	3,9	2,3	0,8	3,6	5,2	1,0	3,4	0,3
Osteuropa												
Bulgarien	13,4	14,1	10,4	5,7	8,6	2,6	3,5	4,2	4,5	11,2	6,6	1,5
Estland	8,6	7,0	4,4	4,9	9,1	3,7	4,8	4,4	-0,5	3,2	-0,4	0,5
Kroatien	13,5	8,9	10,9	7,0	8,4	4,0	4,4	4,6	4,7	4,7	6,3	2,3
Lettland	5,8	10,5	8,4	7,0	9,1	1,3	3,8	3,6	-3,0	9,0	4,4	3,3
Litauen	12,1	7,2	10,0	7,4	8,7	0,9	3,4	4,4	3,1	6,3	6,3	2,9
Polen	14,4	13,0	8,0	6,7	10,8	3,7	3,3	3,6	3,2	9,0	4,5	3,0
Rumänien	20,3	17,3	8,2	4,9	9,7	5,8	6,8	7,0	9,6	10,8	1,4	-1,9
Slowakei	10,4	7,7	6,2	4,1	11,0	3,2	4,2	4,3	-0,6	4,4	1,9	-0,2
Slowenien	9,6	6,2	7,9	6,5	7,2	2,0	2,5	3,5	2,2	4,1	5,3	3,0
Tschechien	7,0	6,1	6,5	5,4	12,0	2,7	2,3	2,7	-4,5	3,4	4,1	2,6
Ungarn	15,1	12,6	9,0	9,3	17,0	3,7	4,4	3,2	-1,7	8,6	4,4	6,0
EU-27	5,9	5,3	4,3	3,7	6,4	2,6	2,5	3,1	-0,4	2,6	1,8	0,5

Anmerkungen:

Alle Angaben beruhen auf dem Personenkonzept (nicht auf Vollzeitäquivalenten). Dadurch ergeben sich für Frankreich, die Niederlande, Italien, Spanien sowie die EU-27 Abweichungen zu den Veröffentlichungen der Europäischen Kommission (2025). Die Europäische Kommission verwendet zur Berechnung der Reallöhne im Unterschied zum WSI den Preisindex für den privaten Konsum; auch hierdurch kommt es zu geringfügigen Abweichungen zwischen beiden Veröffentlichungen.

Nominallohne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer*in, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (nicht arbeitszeitbereinigt).

Verbraucherpreise = Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

Reallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer*in inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (nicht arbeitszeitbereinigt).

* Angaben für 2026: Prognose der Europäischen Kommission.

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission (Version: 21. Mai 2026), Berechnungen des WSI.

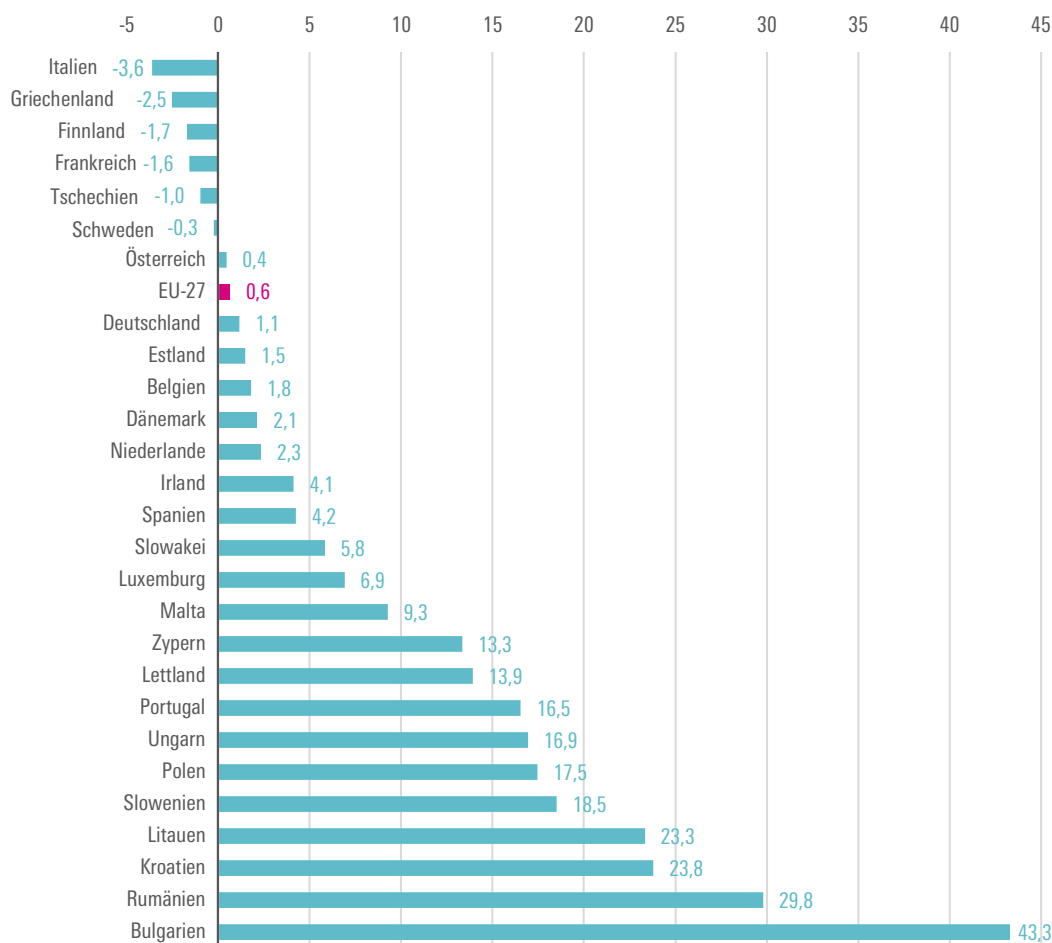
Die Entwicklung in Deutschland folgt weitgehend dem gesamteuropäischen Muster: Während sich das Nominallohnwachstum zwischen 2023 (6,2%) und 2026 (3,6%) kontinuierlich abschwächt, wird bei der Inflation nach einem anfänglichen Rückgang für das Jahr 2026 wieder ein Anstieg auf 2,9% erwartet. Das Reallohnwachstum fällt deshalb nach der Prognose der Europäischen Kommission hierzulande nach 2,7% im Jahr 2025 mit 0,7% im Gesamtjahr 2026 verhalten aus. Für das 1. Quartal 2026 hatte das Statistische Bundesamt (2026a) noch eine Zunahme des Reallohnindex um 1,8% gegenüber dem Vorjahresquartal ausgewiesen. Der positive Jahresauftakt droht jedoch zu verpuffen: So erwartet die Deutsche Bundesbank (2026c, S.12f.) für die kommenden Monate keine Beschleunigung des Nominallohnwachstums,

während die Inflationsrate – abhängig vom Verlauf des Konflikts im Nahen Osten – erhöht bleiben dürfte.

Innerhalb der EU gibt es deutliche Unterschiede beim Lohnwachstum: In Osteuropa wachsen die Reallöhne – wenngleich von einem niedrigeren Ausgangsniveau – weiterhin kräftig. So verzeichneten Kroatien und Litauen im Jahr 2025 ein reales Lohnplus von jeweils 6,3%. Auch in Polen, der größten Volkswirtschaft im Osten der EU, stiegen die Reallöhne bei anhaltender wirtschaftlicher Dynamik im vergangenen Jahr um 4,5%. Doch auch hier zeichnet sich eine Entschleunigung ab. Für die übrigen Länder der Europäischen Union sind nach einer schon verhaltenen Entwicklung im Jahr 2025 für das laufende Jahr allenfalls geringe Kaufkraftgewinne zu erwarten. Für Frankreich (-0,1%), Itali-

Abbildung 5

Kumulative Entwicklung der Reallöhne in der Europäischen Union, 2020–2025 in %, Veränderung gegenüber dem Ausgangsniveau im Jahr 2019



Anmerkung:

Siehe methodische Anmerkungen zu Tabelle 3.

en (-0,5%), Österreich (-0,6%) und Belgien (-0,9%) erwartet die Europäische Kommission für 2026 stagnierende bzw. leicht rückläufige Reallöhne.

Die Spannweite der Reallohnentwicklung innerhalb der EU wird besonders deutlich, wenn man die kumulative Entwicklung der Reallöhne in der ersten Hälfte der 2020er Jahre betrachtet: Im Mittel der EU (+0,6%) sind die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie (Lübker/Janssen 2022) und des Energiepreisschocks (Janssen/Lübker 2023) auf die Löhne inzwischen ausgeglichen (Abbildung 5). Dies ist jedoch nicht für alle Mitgliedstaaten der Fall. So lagen die Reallöhne in Italien (-3,6%), Griechenland (-2,5%), Finnland (-1,7%) und Frankreich (-1,6%) im vergangenen Jahr weiterhin unter dem Niveau des Jahres 2019. Für Deutschland (1,1%) zeigen die Daten der Europäischen Kommission ein leichtes Reallohnplus, während der Reallohnindex des Statistischen Bundesamtes (2026b) auf Basis einer anderen Methodik einen minimalen Rückgang von 0,5% ausweist. Hiervon hebt sich die deutlich positivere Entwicklung in Spanien (4,2%) und Portugal (16,5%) ab. In beiden Ländern profitieren die Löhne u. a. von starken Mindestloohnerhöhungen und hohen Tarifabschlüssen, die auch von großer Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräftemangel in vielen Sektoren getrieben werden (OECD 2025, S. 24f.; OECD 2026, S. 24f.). In vielen osteuropäischen Ländern sind die Reallöhne innerhalb der letzten Jahre hingegen stark gestiegen, allen voran in Bulgarien (43,3%) und Rumänien (29,8%), aber auch in Polen (17,5%). Die Europäische Kommission (2026, S. 37f.) weist darauf hin, dass diese Länder im allgemeinen auch erhebliche Produktivitätszuwächse verzeichnet haben.

4.2 Verteilungsbilanz und funktionale Einkommensverteilung

Aus dem Zusammenspiel von Lohn-, Preis- und Produktivitätsentwicklung lässt sich ableiten, wie die in einer Volkswirtschaft erzielte Wertschöpfung zwischen Arbeit und Kapital verteilt wird (funktionale Einkommensverteilung). Hierzu wird die nominale Lohnentwicklung (Tabelle 3) mit dem in Tabelle 2 ermittelten Verteilungsspielraum verglichen, um die Verteilungsbilanz zu berechnen (s. a. Janssen/Lübker 2023, S. 289). Negative Werte stehen für ein Unteraus schöpfen des Verteilungsspielraums, während positive Werte auf eine Verschiebung zugunsten der Beschäftigten hindeuten.⁷

Wie Tabelle 4 zeigt, fällt die Verteilungsbilanz in der EU-27 über den gesamten Beobachtungszeitraum zugunsten der Beschäftigten aus, mit Werten zwischen +0,5 Prozentpunkten (2023) und +1,8 Prozentpunkten (2024). In den beiden Jahren zuvor war es allerdings zu einer massiven Unteraus schöpfung des Verteilungsspielraums gekommen, da die Löhne nur sehr verzögert auf Preisanhebungen durch Produzenten reagiert haben (Janssen/Lübker 2023, S. 290f.). Entsprechend konnte die Kapitalseite ihre Margen ausweiten und wurde so zum Inflationsgewinner, was sich nach den aktualisierten Daten der Europäischen Kommission in einer negativen Verteilungsbilanz in den Jahren 2021 (-2,7%) und 2022 (-2,5%) niederschlägt (nicht tabellarisch ausgewiesen). Die Lohnempfänger*innen haben also lediglich zuvor verlorenen Boden gutgemacht. Dies zeigt sich in der Erholung der bereinigten Lohnquote, die im Jahr 2025 auf 56,1% angestiegen ist. Sie bewegt sich damit weiterhin innerhalb ihrer langjährigen Schwankungsbreite.

Auch bei der Lohnquote lassen sich gegenläufige Entwicklungen innerhalb der EU beobachten. So haben sich die Lohnquoten in allen osteuropäischen Ländern gegenüber den 2010er Jahren von einem meist niedrigen Ausgangsniveau im Zuge der oben dargestellten Reallohnsteigerungen erhöht. Ins Auge fallen beispielsweise die baltischen Länder Lettland (Lohnquote im Jahr 2025: 60,8%) und Litauen (57,2%) oder auch Slowenien (66,3%). In Polen (51,9%) und Ungarn (48,2%) liegt die Lohnquote hingegen weiterhin unterhalb des EU-Durchschnitts. Hierbei muss allerdings berücksichtigt werden, dass sich auch die bereinigte Lohnquote aufgrund methodischer Einschränkungen nur bedingt zwischen einzelnen Ländern vergleichen lässt. Problematisch ist hierbei insbesondere die implizite Annahme, dass die Wertschöpfung von Selbstständigen derjenigen von abhängig Beschäftigten entspricht (Freeman 2011). Fällt diese in der Realität jedoch geringer aus – etwa in der ländlichen Subsistenzwirtschaft – wird die bereinigte Lohnquote überschätzt.

Auch Verschiebungen zwischen Sektoren mit hoher und geringer Lohnquote können dazu führen, dass die Lohnquote sinkt. So ist es etwa in Irland (29,2%) geschehen, einerseits wegen des Wachstums der pharmazeutischen Industrie, andererseits wegen der zunehmend gängigen Praxis multinationaler Konzerne, ihre Gewinne in Irland zu verbuchen (O'Grady 2024). Gegenüber den 2010er Jahren rückläufige Lohnquoten finden sich auch in Dänemark (54,3%), Finnland (53,9%) und Schweden (50,3%). Für Deutschland hatte das IW Köln zuletzt eine deutlich steigende Lohnquote vermeldet, die mit fast 75% den höchsten Stand seit den 1990er Jahren erreicht habe (Grömling 2026). Dieser Befund lässt sich mit den Daten der Europäischen Kommission nicht bestätigen: Demnach lag die bereinigte Lohnquote im Jahr 2025 bei 60,1%

⁷ Daneben gibt es weitere Einflussfaktoren wie Veränderungen des Anteils abhängig Beschäftigter an den Erwerbstätigen und Änderungen bei den Produktsteuern oder Subventionen (die sich auf den Anteil des Staates an der Wertschöpfung auswirken).

Verteilungsbilanz und Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung, 2023–2026*

Angaben in Prozentpunkten (Verteilungsbilanz) bzw. Prozent (Lohnquote)

	Verteilungsbilanz				Lohnquote (bereinigt)			
	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Nordeuropa								
Dänemark	6,0	0,1	-0,1	0,3	54,3	54,4	54,3	54,4
Finnland	1,7	-0,4	0,4	-0,2	53,9	53,7	53,9	53,8
Schweden	0,9	0,8	-1,2	1,0	50,5	50,9	50,3	50,8
Westeuropa								
Belgien	1,2	0,6	0,1	0,1	58,7	59,0	59,1	59,2
Deutschland	1,1	2,7	1,7	0,4	57,6	59,1	60,1	60,3
Frankreich	-1,2	0,6	0,2	-0,4	57,6	57,9	58,1	57,9
Irland	9,4	-0,2	-7,9	4,7	31,5	31,4	29,2	30,6
Luxemburg	2,6	-0,5	1,7	0,2	53,4	53,2	54,1	54,2
Niederlande	2,3	0,8	0,1	-0,3	56,1	56,5	56,5	56,4
Österreich	1,3	3,9	0,0	0,1	55,7	57,8	57,9	57,9
Südeuropa								
Griechenland	-3,1	1,4	-0,5	-0,3	47,8	48,4	48,2	48,1
Italien	-2,4	2,4	1,5	0,4	50,0	51,1	51,9	52,1
Malta	-6,6	2,2	2,0	0,7	47,5	48,6	49,5	49,8
Portugal	0,7	1,1	1,3	0,9	55,6	56,1	56,9	57,4
Spanien	-0,4	0,5	1,3	0,6	55,6	55,9	56,6	57,0
Zypern	3,0	-1,5	1,0	0,6	49,9	49,1	49,6	49,9
Osteuropa								
Bulgarien	4,8	4,4	2,0	1,5	57,6	59,9	61,0	61,9
Estland	6,3	3,3	-0,5	-0,3	55,7	57,5	57,2	57,0
Kroatien	-1,6	6,2	4,3	0,6	51,5	54,6	56,8	57,1
Lettland	-2,0	6,2	2,0	1,9	56,3	59,7	60,8	61,9
Litauen	2,9	2,4	2,5	0,8	54,6	55,9	57,2	57,7
Polen	4,3	4,9	1,4	0,2	49,0	51,2	51,9	52,0
Rumänien	4,0	8,4	-4,6	-3,1	49,8	53,6	51,5	50,0
Slowakei	-1,7	2,2	1,1	-1,0	48,7	49,7	50,2	49,7
Slowenien	-1,3	1,4	2,9	1,0	63,6	64,5	66,3	66,9
Tschechien	0,0	1,6	1,4	1,0	50,1	50,9	51,5	52,0
Ungarn	1,7	4,5	2,7	3,5	45,2	47,1	48,2	49,8
EU-27	0,5	1,8	0,7	0,5	54,8	55,7	56,1	56,2

Anmerkungen:**Verteilungsbilanz** = Saldo des jährlichen Nominallohnzuwachses und des Verteilungsspielraums auf Basis des BIP-Deflators, in Prozentpunkten.**Lohnquote (bereinigt)** = Arbeitnehmerentgelte pro Beschäftigtem, in % des BIP pro Erwerbstätigem (jeweils zu laufenden Marktpreisen, Personenkonzept, nicht arbeitszeitbereinigt)..

* Angaben für 2026: Prognose der Europäischen Kommission.

(siehe Tabelle 4).⁸ Seit dem jüngsten Tiefpunkt des Jahres 2022 (57,0%) hat sie sich damit erholt und liegt nun in etwa wieder auf dem Niveau des Jahres 2020 (60,3%) (nicht tabellarisch ausgewiesen). Gegenüber dem Durchschnitt der 2000er Jahre (57,0%) und der 2010er Jahre (57,5%) verbleibt freilich ein kleiner Zugewinn für den Faktor Arbeit. Dieser wird von der positiven Entwicklung im Dienstleistungssektor getragen, wo die Einführung des Mindestlohns zu einem Rückgang der Niedriglohnbeschäftigung geführt hat.⁹ Im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe), das stärker dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist, hat sich die Lohnquote gegenüber den 2010er Jahren nicht verändert und ist verglichen mit den 2000er Jahren sogar rückläufig.¹⁰

5 BILANZ: AUFHOLBEWEGUNG BEI DEN TARIFLÖHNEN KOMMT ZUM ERLIEGEN

Die derzeitige Situation wirkt in mancherlei Hinsicht wie ein Déjà-vu, das Erinnerungen an das Jahr 2022 hervorruft: Wie damals durch den russischen Angriff auf die Ukraine steigen die Preise für fossile Energieträger durch den Krieg im Iran sprunghaft und unerwartet. In der Folge trüben sich die Wachstumsaussichten ein und die Lebenshaltungskosten steigen – direkt und unmittelbar sichtbar an den Tankstellen, absehbar aber auch für Produkte wie Lebensmittel und Dienstleistungen wie Flugtickets. Hier werden Öl, Gas und aus dem Nahen Osten importierte Düngemittel als Vorleistungen benötigt. Angesichts des erratischen Verhaltens der Konfliktparteien lässt sich der weitere Verlauf der Lieferunterbrechungen nur schwer abschätzen – und ebenso ungewiss ist, wie weit die Inflation von der Zielmarke der EZB abweichen wird.

Tarifpolitik wirkt in solch einer Situation stabilisierend: Da Tarifverträge für längere Laufzeiten abgeschlossen werden, geben sie den Unternehmen langfristige Planbarkeit bei den Lohnkosten – und zwar unabhängig von der kurzfristigen Preisentwicklung. Der Wage Tracker der EZB, der künftige Trends anhand bereits vereinbarter Stufenhöhungen abschätzt, deutet darauf hin, dass die nominalen Tariflöhne in der Euro-Zone im Jahr 2026 um nur etwa 2,6% zulegen könnten. Das wäre unterhalb der Marke von 3%, die sich aus dem langfristigen Produktivitätswachstum von 1% und dem Inflationsziel der EZB von 2% ergibt. Für Deutschland stellt die Bundesbank fest, dass sich die Lohnforderungen aufgrund der kriegsbedingten Preissteigerungen noch nicht erhöht haben (Deutsche Bundesbank 2026c, S. 12). Auch wenn sich Warnungen vor einer vermeintlichen „Lohn-Preis-Spirale“ in den nächsten Monaten häufen dürften, geht von den Tariflöhnen derzeit kein Inflationsdruck aus.

Für die weitere Inflationsdynamik bedeutet dies freilich noch keine Entwarnung: Während der vergangenen Hochinflation-Phase waren es zunächst die Gewinne, die überproportional zur inländischen Inflation beigetragen haben (Janssen/Lübker 2023, S. 290ff.). Im Aggregat hatten Unternehmen damals ihre Preise stärker angehoben, als dies zum Ausgleich gestiegener Input-Kosten notwendig gewesen wäre und so ihre Gewinnmargen erhöht. Dadurch wurde die Kapitaleseite zum Inflationsgewinner, während Beschäftigte unter einem beispiellosen Einbruch der Reallohne zu leiden hatten (ebd.). Erst in den Folgejahren konnten die Beschäftigten die Verluste zumindest teilweise wieder aufholen, was durch teils heftige Arbeitskämpfe möglich wurde (Janssen/Lübker 2025; Janssen et al. 2025).

Diese Aufholbewegung der Tariflöhne droht im laufenden Jahr zum Erliegen zu kommen, bevor sie vollständig abgeschlossen ist. In neun von zehn Ländern, für die nationale Daten vorliegen, liegen die auf Basis des HVPI inflationsbereinigten Tariflöhne noch immer unter dem Niveau von 2020 (siehe Abschnitt 3.2). Dies gilt auch für Deutschland, wo die realen Tariflöhne bis 2025 je nach Datenquelle um 4,4% (WSI-Tarifarchiv) oder 7,4% (Statistisches Bundesamt) gefallen sind. Wer Beschäftigte angesichts der aktuellen Krise zum Verzicht aufruft und Gewerkschaften zur „Mäßigung“ mahnt, übersieht die Einbußen der vergangenen Jahre und verkennet die maßgebliche Rolle der Unternehmensgewinne für die ausufernden Preissteigerungen in der vergangenen Hochinflation-Phase.

8 Die große Diskrepanz der absoluten Werte liegt auch darin begründet, dass Grömling (2026) als Nenner das Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen) verwendet und damit Abschreibungen der Unternehmen von der Wertschöpfung abzieht. Hierdurch entsteht eine Asymmetrie, da beim Faktor Arbeit keine korrespondierenden Abzüge angesetzt werden (etwa Abschreibungen auf Humankapitalinvestitionen oder Regenerationskosten der Arbeit). Die Europäische Kommission verwendet hingegen, wie allgemein üblich, das Bruttoinlandsprodukt zur Berechnung der Lohnquote.

9 Hier betrug die Lohnquote nach den Daten der AMECO-Datenbank zuletzt 67,0% (2025), verglichen mit 59,5% in den 2000er Jahren und 62,8% in den 2010er Jahren.

10 Im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) betrug die Lohnquote zuletzt 63,7% (2025), verglichen mit 67,6% in den 2000er Jahren und 64,5% in den 2010er Jahren.

LITERATUR

Breuer, C./Dullien, S./Herzog-Stein, A./Paetz, C./Rietzler, K./Stephan, S./Theobald, T./Tober, S./Watzka, S. (2025): Zwischen Exportkrise und binnenwirtschaftlicher Erholung – Die konjunkturelle Lage in Deutschland zur Jahreswende 2025/2026. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, IMK Report Nr. 198, Düsseldorf

Deutsche Bundesbank (2026a): Lange Zeitreihen – Zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, Aktualisierte Ausgabe, 01. April 2026, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/843330/2a64ff90f3012a463dbafc644c0ba2d9/472B63F073F071307366337C94F8C870/0-lange-zeitreihen-data.pdf>

Deutsche Bundesbank (2026b): Monatsbericht März 2026, 78. Jahrgang, Nr. 3, Frankfurt

Deutsche Bundesbank (2026c): Monatsbericht Mai 2026, 78. Jahrgang, Nr. 5, Frankfurt

Europäische Kommission (2025a): European Economic Forecast Autumn 2025, Institutional Paper 327, Brüssel

Europäische Kommission (2025b): Labour Market and Wage Developments in Europe – Annual Review 2025, Brüssel

Europäische Kommission (2026): European Economic Forecast Spring 2026, Institutional Paper 341, Brüssel

Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union) (2024): Harmonised Index of Consumer Prices (HICP) – Methodological Manual, 2024 Edition, Luxembourg

Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union) (2025a): Erwerbstätigenquote nach Geschlecht, zuletzt aktualisiert am 29.04.2026, <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tesem010/default/table> (letzter Zugriff: 03.06.2026)

Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union) (2025b): Statistiken über offene Stellen nach NACE Rev. 2.1 Tätigkeit – vierteljährliche Daten (ab 2001), zuletzt aktualisiert am 21.05.2026, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/jvs_q_r21/default/table?category=labour.jvs (letzter Zugriff: 03.06.2026)

Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union) (2026): Erwerbstätige nach Beruf und Wirtschaftszweigen (NACE Rev. 2) (2008–2026), zuletzt aktualisiert am 17.04.2026, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfsa_eisn2_custom_21633866/default/table (letzter Zugriff: 03.06.2026)

EZB (Europäische Zentralbank) (2026b): Neue Datenveröffentlichung: Wage Tracker der EZB deutet auf stabilen Lohndruck bei den Tarifverdiensten im Jahr 2026 hin. New Data Release: ECB Wage Tracker Indicates Negotiated Wage Pressures Stable in 2026, Pressemitteilung vom 06.05.2026, <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2026/html/ecb.pr260506~4ea17afd4a.de.html>

Freeman, R. A. (2011): Accounting for the Self-employed in Labour Share Estimates: The Case of the United States, OECD Science, Technology and Industry Working Papers Nr. 2011/04, Paris

Görnica, L./Koester, G. (2024): A Forward-looking Tracker of Negotiated Wages in the Euro Area. Europäische Zentralbank: Occasional Paper Series, Frankfurt a.M.

Grömling, M. (2026) Lohnquote auf hohem Niveau. Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Kurzbericht 20/2026, Köln

IGBCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) (2026): Bis zur Schmerzgrenze, Artikel vom 25.03.2026, <https://igbce.de/igbce/chemie26-abschluss-zusammenfassung-269470>

IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung) (2026): IMK Konjunkturindikator (19.05.2026), https://www.imk-boeckler.de/data/p_imk_konjunkturindikator_2026_05.pdf (letzter Zugriff: 02.06.2026)

IWF (Internationaler Währungsfonds) (2026): World Economic Outlook – Global Economy in the Shadow of War, Washington, D.C.

HV NRW (Handelsverband Nordrhein-Westfalen) (2026): Tarifverhandlungen im NRW-Einzelhandel 2026: Arbeitgeber legen Tarifangebot vor, Pressemitteilung vom 13. Mai 2026, <https://www.handelsverband-nrw.de/2026/05/13/tarifverhandlungen-im-nrw-einzelhandel-2026-arbeitgeber-legen-tarifangebot-vor/> (letzter Zugriff: 05.06.2026)

Janssen, T./Lübker, M. (2023): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2022/2023: Inflationsschock lässt Reallöhne europaweit einbrechen, in: WSI-Mitteilungen 76 (4), S. 280–295

Janssen, T./Lübker, M. (2024): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2023/2024: Reallöhne haben nach Krisenverlusten weiterhin Aufholbedarf, in: WSI-Mitteilungen 77 (4), S. 273–288

Janssen, T./Lübker, M. (2025): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2024/2025: Gewerkschaften streiken erfolgreich für reale Tarifierhöhungen, in: WSI-Mitteilungen 78 (4), S. 280–296

Janssen, T./Dribbusch, H./Schulten, T. (2025): WSI-Arbeitskampfbilanz 2024 – Arbeitskämpfe zwischen Inflation und Transformation. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 106, Düsseldorf

Lane, P. (2024): Interview mit Corriere della Sera vom 13. Januar 2024, <https://www.ecb.europa.eu/press/inter/date/2024/html/ecb.in240113~63455a0f8c.en.html> (letzter Zugriff: 02.06.2026)

Lübker, M./Janssen, T. (2022): Europäischer Tarifbericht des WSI – 2021/2022: Tarifpolitik im Zeichen von Krise, Krieg und Inflation, in WSI-Mitteilungen 75 (4), S. 314–327

Lübker, M./Schulten, T. (2026): WSI-Mindestlohnbericht 2026: Konsolidierung der neuen Europäischen Mindestlohnpolitik, in: WSI-Mitteilungen, 79 (2), S. 138–149

O'Grady, M. (2024): Multinational Enterprise Integration in the Irish Value Chain, Research Technical Paper 2024/5, Central Bank of Ireland, Dublin

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2025): OECD Economic Survey: Spain 2025, Paris, <https://doi.org/10.1787/abc5c435-en>

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2026): OECD Economic Surveys: Portugal 2026, Paris, <https://doi.org/10.1787/025b3445-en>

da Paz Campos Lima, M./Carrilho, P. (2025): Industrial Relations and Social Dialogue – Portugal: Developments in Working Life 2024, Eurofound Working Paper

Statistisches Bundesamt (2026a): Reallöhne im 1. Quartal 2026 um 1,8% höher als im Vorjahresquartal, Pressemitteilung Nr. 178 vom 28. Mai 2026, Wiesbaden, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/05/PD26_178_62321.html

Statistisches Bundesamt (2026b): Real-löhne im Jahr 2025 um 1,9% gestiegen, Pressemitteilung Nr. 068 vom 27. Februar 2026, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/02/PD26_068_62321.html



IMPRESSUM

Ausgabe

WSI Report Nr. 116, Juli 2026
Europäischer Tarifbericht des WSI – 2025 / 2026

ISSN 2366-7079

Herausgeber

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (2 11) 77 78-18 7

<http://www.wsi.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (2 11) 77 78-15 0
rainer-jung@boeckler.de

Satz: Yuko Stier Grafikdesign

Kontakt

Thilo Janssen
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (2 11) 77 78-650

thilo-janssen@boeckler.de
www.wsi.de

Dieses Werk ist lizenziert unter der
Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International
(<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)